Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 11.11.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Viel Bericht, wenig Perspektive

„Damit die Transformation zum klimaneutralen Industrieland gelingt, muss die Produktion des grünen Wasserstoffs viel stärker mit den großen Industriestandorten und denjenigen Gewerbetreibenden zusammengedacht werden, die für verarbeitende Prozesse nicht mit Strom auskommen. Sonst haben wir an einem Ort Wasserstoff, am anderen einen Bedarf und dazwischen ein Transportproblem.“

Sybilla Nitsch zu TOP 45 und 35 - Bericht: Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein und Schriftlicher Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 (Drs. 20/4926 und Drs. 20/5016)

2040 soll Schleswig-Holstein klimaneutral sein. Im Jahr 2025 lagen die Emissionen etwa 38 Prozent unter denen von 1990, 2030 wollen wir sie um 58 Prozent gesenkt haben. Und dann 2040 auf null. Wenn ich mir den aktuellen Monitoringbericht zur Energiewende anschaue, frage ich mich: wie machen wir das? Magie? Die Ergebnisse sind zwar in Teilen gut, aber in Summe absolut nicht ausreichend. Und was mir vor allem fehlt, ist eine Perspektive. Im Verkehrssektor haben wir die Emissionen bisher um knapp 20 Prozent gesenkt, wie wollen wir da in den nächsten 14 Jahren die restlichen 80 Prozent schaffen? Zwar werden mittlerweile deutlich mehr Elektroautos angeschafft als noch vor einem Jahr, aber die Verkehrswende schaffen wir nicht, indem für jeden Verbrenner ein neues E-Auto auf die Straße kommt. Wir müssen den Menschen ein Angebot jenseits des eigenen Autos machen. So lange zwischen Kiel und Hamburg nur manchmal Züge fahren und es bald nur noch Busse über die Grenze nach Dänemark gibt, wird kaum ein Bürger sein Auto verkaufen, um bei uns im Land Bahn zu

fahren.
Und vor allem müssten die Güterverkehre endlich auf die Schiene verlagert werden. In Österreich und der Schweiz machen sie uns das vor: da wird der Transitverkehr auf Güterwaggons verladen und durchs Land gefahren, ohne die Straßen zu verstopfen.
Der Ausbau der erneuerbaren Energien lässt hoffen, dass wir zumindest im Energiesektor die Wende zum gesteckten Ziel 2040 schaffen, wobei die Wärmewende eine Herausforderung bleibt, weil längst nicht jeder an ein Wärmenetz angeschlossen werden kann.
Beim Windausbau führt vor allem die Gemeindeöffnungsklausel zu immer mehr Planungen, die massiven Widerstand hervorrufen. Da verspielen wir viel Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern, ohne die die Energiewende nicht gelingen kann. Und nun droht auch noch das Netzpaket des Bundeswirtschaftsministeriums, den weiteren Ausbau abzuwürgen.
Wenn die Betreiber keine Erstattung mehr für abgeschaltete Anlagen bekommen, ist das für die meisten kein Business-Case mehr. Zumal fast zwei Drittel der Redispatch-Kosten auf den fossilen Redispatch entfallen. Das waren im vergangenen Jahr knapp zwei Milliarden Euro. Die Erneuerbaren müssen hier in Berlin zu Unrecht als Sündenböcke herhalten. Die von uns mehrfach geforderte Aufteilung der einheitlichen deutschen Strompreiszone würde die Redispatch-Kosten wirklich senken. Außerdem würde sie Anreize schaffen, Wasserstoff aus regionalem Grünstrom zu produzieren. Hier hatten wir einen schriftlichen Bericht gefordert, weil die Landesregierung immer die Bedeutung des Wasserstoffhochlaufs für den Weg zum klimaneutralen Industrieland betont hat. Auch das LNG-Terminal in Brunsbüttel sollte perspektivisch auf Wasserstoff umgestellt werden. Was bleibt sind gebrochene grüne Wahlversprechen und ein Minihochlauf. Und der siebenseitige Bericht lässt für die Zukunft nicht auf viel hoffen. Die bisher geförderten Projekte kommen auf etwa 20 MW Elektrolyseleistung, um auf die in der Wasserstoffstrategie bis 2040 vorgesehenen 6 GW zu kommen, muss noch einiges passieren. Und das Aus für das Projekt HyScale 100 wirkt erstmal nicht ermutigend auf andere Investoren. Stattdessen soll das abgeschiedene CO2 nun unter der Nordsee verpresst werden, wie es in ihrem Bericht steht. Da droht direkt der nächste fossile Lock-In. Wozu CO2-einsparen, wenn man es doch verpressen kann? Damit die Transformation zum klimaneutralen Industrieland gelingt, muss die Produktion des grünen Wasserstoffs viel stärker mit den großen Industriestandorten und denjenigen Gewerbetreibenden zusammengedacht werden, die für verarbeitende Prozesse nicht mit Strom auskommen. Sonst haben wir an einem Ort Wasserstoff, am anderen einen Bedarf und dazwischen ein Transportproblem.
Wir können festhalten: der Monitoringbericht zur Energiewende ist umfangreich bei wenig inhaltlichem Mehrwert. Hier hätte ich mir auf 142 Seiten deutlich mehr konkrete Antworten gewünscht.